

Bezugspreis:
Hierzu: 60.- M. monatl. 2.- M.
für ins Haus, voranz zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 2.- M. einm. 20.-
Hilfsausgabe. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Saar u. Rhein-
gebiet, sowie Westpreußen, Ostpreußen
u. Litauen 54.- M. für das übrige
Ausland 72.- M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Luxemburg, Ost-
preußen, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kirtungarten“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einpaltige Anzeigenzeile
kostet 12.- M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2.- M. (zu-
willing zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.- M. Stellenanzeigen
und Schiffsanzeigen das erste
Wort 2.- M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50% ermäßig.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin S 23 68, Unter-
den-Linden 8, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Morinplatz 15195-97
Expedition Morinplatz 11753-54

Dienstag, den 28. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Morinplatz 11753-54

Die Erklärung des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Wirth wird in seiner heutigen Rede vor dem Reichstag, wie wir erfahren, zunächst eingehend auseinandersetzen, daß Deutschland die Forderung der Reparationskommission, in kurzer Frist für 60 Milliarden Papiermark neue Steuern aufzubringen, nicht erfüllen kann. Auch könne das Deutsche Reich einen Eingriff in seine Hoheitsrechte nicht gestatten. Da aber die Note der Reparationskommission keinen ultimativen Charakter zu tragen und Verhandlungen nicht auszuschließen scheine, sei die Reichsregierung bereit, ein Memorandum mit Gegenvorschlägen auszuarbeiten. Das Memorandum werde im Laufe der nächsten Tage der Reparationskommission zugehen. Man hoffe auf diesem Wege eine Verhandlungsbasis zu schaffen. Die Vorbereitungen auf die Konferenz von Genua und die Arbeiten in Genua selbst sollen nach dem Willen der Reichsregierung durch die Reparationsfrage nicht gehemmt werden.

Nach dem Reichskanzler wird voraussichtlich als Vertreter der Deutschenationalen Herrg das Wort ergreifen. Erst dann wird der sozialdemokratische Redner sprechen.

Besorgnisse an der Börse.

Die Aufwärtsbewegung der Devisenkurse setzte sich heute weiter fort. Besonders ungünstig wurden die Aussichten der Kursentwicklung im Hinblick auf die wieder drohende Gefahr eines Eisenbahnerstreiks beurteilt. Die Börse sieht überhaupt der Zukunft mit großer Sorge entgegen, da man befürchtet, daß die rasch fortschreitende Teuerung zu sozialen Auseinandersetzungen führen wird. Außerdem bleiben natürlich für die Entwertung der Mark die bekannnten außenpolitischen Gründe mitbestimmend. Der Dollar hatte bereits um die Mittagsstunde einen Kurs von 340 erreicht. Am Effektenmarkt hat sich die Lage bei verhältnismäßig geringem Geschäft einigermaßen behauptet.

Genua-Debatte im Unterhaus.

London, 28. März. (W.Z.) Im Unterhaus kam es gestern zu einer kurzen Debatte über Genua. In Beantwortung einer Anfrage erklärte Chamberlain, daß die Regierungen von Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika eingeladen worden seien, Vertreter zur Genuaer Konferenz zu entsenden und daß sie angenommen hätten.

Der liberale Abgeordnete Sir Donald Maclean verlangte, das Haus sollte, bevor der Premierminister am Montag im Parlament erscheine, eine klare Mitteilung darüber erhalten, worüber es mit Bezug auf die Genuaer Konferenz abstimmen solle. Das Haus müsse wissen, was in Genua erörtert werden solle. Es hätten bereits zahlreiche Konferenzen stattgefunden, seiner Schätzung nach 12, die unbefriedigende Ergebnisse gezeitigt hätten. (Zwischenruf: Und Washington?) Lord Robert Cecil ruft: Das war die einzige Konferenz, an der Lord George nicht teilnahm.) Sir Donald Maclean fährt fort: Bezüglich Genuas würden in der Öffentlichkeit übertriebene Hoffnungen gehegt. Seiner Ansicht nach könne nichts für eine Wiederbelebung des internationalen Handels getan werden, wenn die Fragen der deutschen Reparationen, der alliierten Schulden und der Abrüstung zu Lande nicht geregelt würden. Diese Fragen ständen nicht auf der Tagesordnung von Genua. Die Teilnahme Russlands an der Konferenz sei erfreulich. Es werde aber wegen des in Russland herrschenden Chaos noch lange dauern, bis der russische Handel wiederhergestellt sei. Von weit größerer Bedeutung für das Wiederaufleben Europas sei

die Wiederherstellung Deutschlands.

Deutschland müsse in den Völkerbund aufgenommen werden und müsse von neuem in dem Verband der Nationen als ein Ganzes wirken. Europa werde niemals in Ordnung kommen und besseren Zeiten entgegengehen, bevor nicht alle die strategischen Manöver der Politik der gegenwärtigen Regierung aufgehört. (Beifall.) Zum Schluß seiner Rede trat Sir Donald Maclean für sofortige Neuwahlen ein.

Kenworthy fragte, weshalb Balfour und Lord Riddell nicht zur britischen Delegation für Genua gehörten, und ob die organisierte Arbeiterschaft eingeladen worden sei, Vertreter zu entsenden. Es würde besser sein, eine britische Delegation nach Genua zu senden, die mit reinen Händen käme. Dies gelte nicht von einer Delegation, die mit dem gegenwärtigen Kabinett zusammenhänge.

Chamberlain, als Vertreter der Regierung, sagte, er wolle der Erörterung in der nächsten Woche nicht vorgreifen. Auch er sei der Ansicht, daß die übertriebenen Hoffnungen bezüglich einer Regelung der Arbeitslosenfrage infolge der Genuaer Konferenz unbegründet seien. Die Arbeitslosigkeit könne nicht durch eine einzige Konferenz und durch die Haltung einer einzelnen Regierung beigelegt werden.

Lord Robert Cecil bejahte es, daß die Reparationsfrage, die Frage der alliierten Schulden und die der Revision des Versailler Vertrages in Genua nicht zur Erörterung kommen sollen. (Beifall bei der Opposition.)

Die ewig Unzufriedenen.

Paris, 28. März. (W.Z.) In seiner gestrigen Rede im Senat sagte Senator Béranger: Man müsse feststellen, daß die Reparationskommission jetzt nicht sehr befriedigt habe, trotzdem sie das Rettungsboot Frankreichs sei, wie das Ministerium erklärt habe. Das Land wolle nicht in den Steuern untergehen, sondern es wolle, daß Deutschland bezahle. Hinter dem Vorhang von Papiermark, mit dem Deutschland sich zu umhüllen versuche, bemerke man doch seine Fabriken in voller Tätigkeit, seinen blühenden Handel, seine wirtschaftliche und militärische Wiedererhebung. Aber Deutschlands steuerliche Anstrengung sei dreimal geringer als die Frankreichs und Englands; das könne nicht andauern. Wenn Deutschland nicht die nötige Anstrengung mache, müsse man die Pfänder benutzen, die durch den Versailler Friedensvertrag festgesetzt seien. Frankreich erwarte, daß die Reparationskommission ihre Pflicht erfülle. Die Presse habe von einer deutschen Anleihe gesprochen, die dazu bestimmt sei, Frankreich zu bezahlen. Die Regierung möge wohl überlegen, bevor sie den französischen Rechtsanspruch für ein Leihgeschäft verkaufe, bevor sie die Priorität der französischen Forderungen und die Garantien, die man durch die Obligationen A und B besitze, für eine Anleihe opfere, von der Frankreich sehr wenig behalten werde, wohl kaum mehr als 2 1/2 Papiermillarden.

Finanzminister de Lasteyrie unterbrach den Redner und sagte, zwischen den alliierten Ministern sei hinsichtlich dieser Anleihe nichts beschlossen worden, die Frage werde von der Reparationskommission geprüft.

Béranger erklärt weiter, die Reparationskommission könne Pfänder verlangen. Wenn Deutschland sie verweigere, was werde man dann machen? Habe die Regierung diese Möglichkeit ins Auge gefaßt? Man habe es nicht verstanden, Deutschland

die erforderlichen Sanktionen aus dem Waffenstillstand

aufzuerlegen. Sehr schade Deutschland über Frankreich. Zwischen dem alten Geiste Frankreichs, dem von Descartes und Foch, und dem unehrlichen Geiste Deutschlands sei ein Duell im Gange. Es müßte für Frankreich kläglich ausgehen, wenn es sich nicht auf der Höhe seiner Soldaten zeigen werde, die den Sieg gebracht hätten, wenn es nicht Deutschland zu zwingen verstehe, das es bezahle, was es schulde.

Die oberschlesische Frage.

Der in Genf abzuschließende Vertrag zwischen Deutschland und Polen gibt an Umfang dem Vertrag von Versailles nicht viel nach. Er ist für Nichtjuristen vielfach unverständlich und wird von einem ganzen Kranz von Nebenverträgen umgeben, die u. a. den Bank- und Postverkehr, den Grenzverkehr der Eisenbahnen, das Anknüpfen des Verkehrsverkehrs usw. betreffen. Diese Nebenverträge werden jedoch zwischen Deutschland und Polen direkt geschlossen, ohne Mitwirkung des Völkerbundes und ohne Übersetzung ins Französische. Nach den Erfahrungen mit anderen ähnlichen Abtretungsgebieten wird auf Beschleunigung dieser Vertragsabschlüsse zu dringen sein, da in Polen und Westpreußen solche Verträge, z. B. über die Pensionszahlung, heute noch nicht fertig sind.

Für zahlreiche Einzelfragen hatte der deutsche Verhandlungsführer, Reichsminister a. D. Schiffer, noch besondere Sachverständigen nach Genf zitiert, und eine Lösung gegen den Willen der Beteiligten ist nicht erfolgt.

Ungeklärt und dem Schiedsrichter Calonders überlassen sind bekanntlich die Fragen der Liquidation, der Zuständigkeit, der gemischten Kommission für Minderheitsfragen und drei kleinere Schiedsangelegenheiten.

Für die Beratung der Liquidationsfrage war infolge der Bemühungen des Professors von Hamel eine Grundlage vereinbart; zur Lösung der Frage ist es jedoch bekanntlich nicht gekommen, denn nach fünfmonatigen Verhandlungen hat Polen plötzlich die Unzuständigkeit des vom Völkerbund eingesetzten Schiedsrichters behauptet.

Was jetzt weiter geschehen wird, muß sich noch zeigen. Jedenfalls wird Oberschlesien noch länger im Zustand der Unklarheit und Ungewißheit erhalten. Unter diesen Umständen war die rasche Abreise Schiffers eine Demonstration, die in Deutschland nur allgemein gebilligt werden wird. Minister Schiffer hatte allerdings die Absicht, für die Zeit der Redaktionsarbeiten nach Deutschland zurückzukehren, um dem Reiche Ausgaben zu ersparen. Aber die plötzliche Wendung Polens hat die Abreise beschleunigt.

Dieses überraschende Vorgehen Polens dürfte schwerlich geeignet sein, die gewünschten deutsch-polnischen Handels- und Wirtschaftsverhandlungen in Gang zu bringen.

Der drohende Arbeitskonflikt in Amerika.

Paris, 28. März. (W.Z.) Nach einer Haavas-Meldung aus New York wird während des Bergarbeiterstreiks die Gewerkschaft der Entladener sich der Einfuhr englischer Kohle widersetzen. Wie „Chicago Tribune“ aus Washington berichtet, werden im Falle eines Bergarbeiterstreiks in den Vereinigten Staaten die Bergarbeiter in Kanada ebenfalls die Arbeit niederlegen.

Erkenntnisse.

Die „Freiheit“-Redaktion gibt bekannt, daß sie die Konsequenzen aus dem Mißtrauensvotum der zentralen Körperschaften gezogen und ihre Aemter zur Verfügung gestellt hat. Bis zur Neubefugung der Redaktion führt sie die Geschäfte weiter. Der Konflikt in der USP. hat damit, wenn er auch in anständiger Form ausgetragen wird, sachlich sehr an Schärfe zugenommen. Ob die Bemühungen einer Mittelgruppe in der USP., ihn noch einmal zu überbrücken, von Erfolg sein werden, läßt sich nicht sagen. Wenn Spaltungen bereits derart konkrete Formen angenommen haben, so ist es im allgemeinen sehr schwer, einen Rückweg zu finden.

Die sachlichen Streitpunkte, um die der Konflikt in der Unabhängigen Partei geht, beleuchtet eine Erklärung der bisherigen „Freiheit“-Redaktion, die in der heutigen Morgenausgabe der „Freiheit“ veröffentlicht wird, und im wesentlichen einer Denkschrift entspricht, die Anfang März den leitenden Körperschaften der USP. von der Redaktion zugeandt wurde. Danach handelt es sich in der Hauptsache um die Haltung zum Gemeindefreierstreik, zum Kabinett Wirth, zur Steuerfrage, zur Koalitionsfrage und zur Einigungsfrage.

In der Frage des Gemeindefreierstreiks erachtet die „Freiheit“-Redaktion ihren Standpunkt dadurch als gegeben, daß der Streik gegen den Willen der Gewerkschaften und ohne Zustimmung der Gesamtarbeiterchaft inszeniert wurde und daß der Streikbeschuß vor der Fällung des Schiedsspruches herbeigeführt wurde, der die Hauptforderungen der Streikenden restlos erfüllte. Weiter heißt es in der Erklärung der „Freiheit“-Redaktion:

„Eine Pflicht, eine Arbeiterschaft, die ihre speziellen Gruppeninteressen über die allgemein proletarisch-sozialistischen stellt, unter allen Umständen zu unterstützen, kann in keinem Falle anerkannt werden.“

Die Preßkommission hat diesen Standpunkt der Redaktion gebilligt, der Zentralvorstand ihn aufs schärfste verurteilt.

Was die Stellungnahme zum Kabinett Wirth anbelangt, so wirft der linke Flügel der USP. der „Freiheit“ vor, daß sie das Kabinett Wirth nicht mit der genügenden Schärfe bekämpfe. Die „Freiheit“ betont demgegenüber die große Bedeutung der außenpolitischen Lage, die sie als ein Ringen zwischen Poincaré und Lloyd George auf faßt. Die deutsche Arbeiterklasse habe alles Interesse daran, daß Poincaré nicht zum Siege gelange. Eine Regierung der Rechtsparteien in Deutschland aber würde die Stellung Poincarés ganz außerordentlich stärken. Was die innere Politik des Kabinetts Wirth anbelangt, so hält die „Freiheit“ einen Sturz der Regierung nur dann für vorteilhaft, wenn alle Arbeiterparteien gegen die Regierung stimmen. Dann sei eine Rechtsregierung nicht zu fürchten. Aber:

„Ganz anders, wenn der Sturz der Regierung durch das ganz wernaturalische Zusammenwirken der monarchistisch-nationalen Parteien mit unferer Partei erfolgt. Denn dann werden die Rechtssozialisten stets darauf hinweisen, daß an den reaktionären Taten einer solchen Regierung wir einen Teil der Verantwortung mittragen, weil erst durch unsere Haltung eine Regierungsbildung ermöglicht worden sei.“

In der Steuerfrage steht die „Freiheit“-Redaktion auf dem Boden folgender Erkenntnis:

„Mit direkten Steuern allein läßt sich das Defizit der nächsten Jahre nicht beheben. Auch die Erfassung der Sachwerte, so unentbehrlich sie ist und bleibt, würde das Defizit allein nicht befeitigen können. Die Ergänzung durch indirekte Steuern ist aber ökonomisch deshalb vertretbar, weil durch die Befestigung des Defizits die Kaufkraft des Lohnes sich heben und damit die Belastung durch indirekte Steuern aufgehoben und mehr als aufgehoben werde. Unserer Ablehnung aller indirekten Steuern zwingt aber die Regierung, die auf alle Fälle das Defizit bekämpfen muß, zu dem Versuch, sich nach rechts eine Majorität zu sichern und gibt der Deutschen Volkspartei erst die Möglichkeit zu ihren Erpressungen.“

Das gegenwärtige Steuerkompromiß wird zwar von der „Freiheit“ als „sozial drückend und finanziell ungenügend“ bekämpft, aber sie verlangt eine „beweglichere Taktik“ der USP. in Steuerfragen, da es jetzt nicht mehr wie unter dem alten System auf die bloße Propaganda, sondern auf die Verwirklichung und Durchsetzung der Arbeiterforderungen ankomme.

Was die Koalitionspolitik anbelangt, so erkennt jetzt die „Freiheit“-Redaktion, daß diese eine taktische, keine prinzipielle Frage ist, die je nach den Umständen beantwortet werden muß.

„Daß es Situationen geben kann, in denen die proletarischen Interessen eine Zeltung durch Beteiligung an einer Regierung, auch wenn sie nicht rein sozialistisch ist, wirkungsvoll vertreten werden können, ist eine Auffassung, die in weiten Kreisen der Partei vertreten wird.“

Freilich meint die „Freiheit“, daß diese Frage zurzeit nicht von Bedeutung sei, weil die bürgerlichen Parteien eine Koalition mit der USP. ablehnen. Aber auch hier sei eine beweglichere Taktik notwendig.

Die Einigungsfrage wird von der „Freiheit“ als der oberste Gesichtspunkt der Politik bezeichnet. Die Uneinigkeit der Arbeiterparteien erlaube die Kraft der Gesamtbewegung. Dies wird eingehend dargestellt. Das Ziel der Einigung stehe der Redaktion unverrückbar vor Augen, das lege aber naturgemäß der Polemik gewisse Schranken auf. Der Möglichkeit einer Einigung mit der SPD. steht die „Freiheit“-Redaktion sehr skeptisch gegenüber.

Dagegen erscheint uns ein solches Zusammenwirken wichtig, wie es durch die Zusammenarbeit der USP. mit der SPD. in Staat und Kommune in Sachsen, Thüringen und Braunschweig vorbereitet ist und die in steigendem Maße auch die Unterstützung der Kommunisten findet. Das bedeutet weder unmittelbare organisatorische Verschmelzung, noch schließt es scharfe, sachliche Kritik an der Haltung der anderen Arbeiterparteien aus.

Wir haben mit Absicht den Inhalt der Denkschrift möglichst referierend und ohne eigene Meinungsäußerung wiedergegeben. Wir wollen auch am Schluss nicht besonders hervorheben, in welchen Einzelpunkten sich die Meinung der „Freiheit“-Redaktion mit der unserer trifft und wo sachliche Abweichungen bestehen. Für den aufmerksamen Leser, der die Politik der SPD. in den letzten Monaten verfolgt hat, ergibt sich das von selbst. Ohne weiteres wird er erkennen, daß die Übereinstimmung stärker ist als die Meinungsverschiedenheit und daß eine Annäherung der grundsätzlichen Standpunkte stattgefunden hat, wie man sie vor ein, zwei Jahren kaum für möglich gehalten hätte. Daß die Sozialdemokratische Partei ihren Standpunkt nicht geändert hat, brauchen wir dabei nicht zu betonen, sie hat allein das getan, was die „Freiheit“-Redaktion von ihrer Parteileitung verlangt: Sie hat die sachlichen Interessen der Arbeiterklasse über die Agitationsrücksichten des Augenblicks gestellt, sie hat anstatt Propaganda Arbeiterpolitik betrieben. Die Denkschrift der „Freiheit“-Redaktion ist in ihren Gesamtzügen daher eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit und Notwendigkeit unserer Politik, eine Bestätigung, wie sie nur selten eine Partei aus dem Lager einer anderen empfangen haben dürfte.

Berechtigte Mahner!

In der Abendausgabe vom 9. März veröffentlichten wir unter der Überschrift „Ein verurteilter Hepppriester“ einen Bericht aus Insterburg über die Verurteilung des Pfarrers Christofleit wegen Verleumdung des Reichspräsidenten. Im Anschluß daran erinnerten wir an den Verweis, den das ostpreussische Konsistorium dem sozialistischen Pfarrer Rürschner in Melauken erteilt hatte und fragten, ob das Konsistorium nun auch gegen rechts vorgehen würde. Hierzu ersucht uns das Konsistorium der Provinz Ostpreußen um Aufnahme folgender Erklärung:

1. Von einer disziplinarischen Abhandlung des Verhaltens des Pfarrers Rürschner ist keine Rede. Insbesondere ist ihm kein „Verweis“ erteilt worden, weil er den Sozialismus als die Konsequenz neustamentlicher Ethik bezeichnet hatte. Er ist anlässlich verschiedener Zeitungsartikel und öffentlicher Reden, die dazu Veranlassung gaben, nur daran erinnert worden, daß er — was wir den Geistlichen gegenüber auch sonst betont haben — unbefugter die Freiheit seiner politischen Meinung als Geistlicher, um nicht das Vertrauen eines großen Teils seiner Gemeindeglieder zu verlieren, verpflichtet sei, in der Beurteilung politischer Gegner sich Zurückhaltung aufzuerlegen und sich keinesfalls unbeschränkter Uebertreibungen schuldig zu machen, sowie daß er in seinen kirchengeschichtlichen und exegetischen Urteilen nicht oberflächlich oder gar aufreizend verfahren dürfe.

2. Gegen den Pfarrer Christofleit, der bereits seit Oktober 1921 infolge Verzichtes auf sein Amt nicht mehr landeskirchlicher Pfarrer ist, war bereits vor längerer Zeit ein Disziplinarverfahren wegen anderer Verfehlungen eröffnet worden, das dann im Februar 1921 auch auf die Schmähungen der Regierung und der obersten staatlichen Beamten von der Kanzel ausgedehnt wurde. Durch seine Amtsniederlegung hat sich das Disziplinarverfahren erledigt.

Sanny Elfler und die Zeitungsfrau.

Ein Erlebnis.

In einer kleinen Konditorei, seitab vom Lärm der Großstadt, erscheint an jedem Nachmittage eine alte Frau, die Zeitungen feilbietet.

Eines Tages kam ich mit ihr in ein Gespräch. Sie erzählte mir, wie schwer es ist, sich heute mit seiner Familie durchs Leben zu schlagen.

Dieser Teil der Unterhaltung ist jedoch anscheinend für sie nur das Präambulum, um zu dem Gegenstand zu gelangen, zu dem sie jetzt übergeht. Denn plötzlich verklären sich ihre Züge, ihre Augen nehmen einen glänzenden Ausdruck an, und sie spricht in ganzlich veränderten Tonfall:

„Ich war nicht immer das, was ich heute scheine. Sie werden nicht glauben, daß ich einstmals eine berühmte Längerin gewesen bin, der Könige und Herzöge gehuldigt haben. In Wien lag mir ein alternder Staatsmann zu Füßen. Er wollte mich zu seiner Frau machen. Aber, ich habe ihn zurückgewiesen. Keine Kunst war mir wertvoller als ein goldener Käfig. Hier, wollen Sie einmal sehen, wie ich in meiner Jugend ausgesehen habe?“

Sie nahm ein Bild aus der Tasche und reichte es mir. Ein Bild überzeuete mich davon, daß es eine aus einer alten Zeitschrift herausgeschnittene Photographie der ehemals weltberühmten Längerin Sanny Elfler war.

Dieses berühmte Gesicht hatte wohl durch Zufall eines Tages in einem vergilbten Journal etwas über den Lebensgang der Künstlerin gelesen. Vielleicht wurde hierdurch eine Seite in ihrem Innern in Schwingungen versetzt, die sonst nie geklungen hätte. Vielleicht ähnte sie dumpf, daß in irgendeiner Dornröschensnacht ihrer Seele eine zweite Sanny Elfler schlief. Nur war ihr als der Prinz erschienen, der sie zum Leben erweckt hätte.

Und nun vollzog sich an ihr das Wunder der Transfiguration. Das Ich der toten Längerin erwachte in ihr zu einem geistigen zweiten Leben.

Die Berausgenheit, in die sie sich hineinträumt, hilft der verklärten Alten dazu, den trostlosen Alltag ihrer Gegenwart heiter lächelnd zu ertragen.

Und jeden Nachmittage lasse ich mich in der kleinen Konditorei von ihr von den Tönen erzählen, da halb Europa ihr zugehört und der alte Diplomat Friedrich von Genz, den sie in „Senven“ umgetauft, um ihre Liebe warb. Heinz Richaellis.

Was die „Erinnerung“ des Konsistoriums an den Pfarrer Rürschner anbelangt, so finden wir die darin aufgestellten Grundzüge recht dehnbar. Wer urteilt darüber, was „Uebertreibung“, was „oberflächlich“, was „aufreizend“ ist. Vom Standpunkt eines deutschen nationalen Fanatikers sehen solche Dinge sehr viel anders aus als vom Standpunkt eines objektiven Beurteilers. Und soll man z. B. Konsistorialrat Richter-Königsberg, der als Hauptredner auf der Tagung der Deutschen nationalen Partei Ostpreußens auftritt, in diesen Dingen als objektiv betrachten? Im Gegenteil, die von diesem Herrn gehaltenen Reden geben Veranlassung zu der Frage, ob das hohe Konsistorium sich denn auch selber an die von ihm aufgestellten Grundzüge hält?!

SPD.-Werbewoche!

Seit vier Jahren „Vorwärts“ die führende, zehnten ist der „Vorwärts“ angesehenste sozialdemokratische Zeitung der deutschen Arbeiterklasse. Jede einzelne Nummer muß in dieser Woche von den Parteigenossen zur Werbung neuer Genossen und neuer Abonnenten benutzt werden. Sorgfältig, daß in dieser Woche in den Betrieben und bei Euren Haus-„Vorwärts“ von Hand zu Hand geht!!

Wer verteuert?

Die „Deutsche Tageszeitung“ will natürlich nicht wahr haben, daß die Lebensmittelteuerung eine Folge des freien Handels, der Zerstörung der Zwangswirtschaft ist. Die Markterwertung ist nach ihrer Ansicht die alleinige Ursache für das Emporschnellen der Lebensmittelpreise.

Natürlich stehen die Preise für Lebensmittel mit dem Stande der Welt in innerem Zusammenhang, es fragt sich nur, ob dieser Zusammenhang ein spekulativer oder ein notwendiger ist. Wenn beispielsweise, wie wir das gerade jetzt sehen, an der Börse der Dollar in wenigen Tagen emporschnellt und gleichzeitig in den Läden die Preise für Fleisch, Butter usw. ungemessen in die Höhe gehen, so ist dieser Zusammenhang ein rein spekulativer. Denn auf die Kosten der Aufzucht der jetzt geschlachteten Rinder, Schweine usw. kann doch der Marktwert vom März 1922 nicht vom geringsten Einfluß sein. Die jetzige Verteuerung erfolgt also nicht wegen Erhöhung der Unkosten, sondern aus der Spekulation heraus, daß die aus dem Ausland importierten Nahrungsmittel entsprechend teurer werden.

Eben diese Spekulationsgewinne zu beschneiden, war der Zweck der Zwangswirtschaft. Sie konnte die Preise so lange niedrig halten, bis wirklich erhöhte Erzeugerlöhne eine Preissteigerung erforderten. Der freie Handel dagegen öffnet der Spekulation Tor und Tür, er führt die erhöhten Preise schon ein, noch ehe sie durch erhöhte Produktionskosten gerechtfertigt sind. Zu deutsch: Er erzeugt den Lebensmittelmacher.

Die Verleumder-Kloake.

Wegen Verleumdung in mehreren Fällen ist vom Sondergericht Köln am 17. Juni v. J. der Redakteur Wolfgang Barfels zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 19. Februar 1921 zeichnete er als verantwortlicher Redakteur in der in Köln erscheinenden linksradikalen Tageszeitung „Sozialistische Republik“ für einen Artikel „Lumpen-Galerie“. An der Spitze des Artikels wird von Reichspräsident Ebert gesagt, er sei der „Repräsentant der Schieberrepublik, Weinschäntleier, aufge-

blühter Blahhaller der Hohenzollern, Landsknecht“ und ähnliches mehr. In ähnlicher Weise zieht der Verfasser dann über die Minister Seegering und Haenisch her. Im März erschien dann ein Artikel „Aus Eberts Küche“. Darin wird dem Reichspräsidenten vorgeworfen, daß er zur Zeit der Lebensmittelkrisis große Mengen Fleisch, Butter, Eier usw. für seinen Haushalt bezogen habe. Während Ebert den Arbeitern Durchhalten bei Marmelade empfahl, habe er an besetzten Tafeln gefessen und das gefressen, was den Arbeitern vorenthalten worden sei. Gleich darauf folgt der Ausdruck „Unverschämter Schmeichelei“. Auch für diesen Artikel übernahm der Angeklagte die presserechtliche Verantwortung. Das Gericht erachtete die oben erwähnten Ausdrücke in den Urteilen für geeignet, die Person, auf die sich die Urteile bezogen, in ihrer persönlichen Ehre zu kränken. Da der Reichspräsident, so wird im Urteil angeführt, außerhalb der politischen Tageskämpfe steht, verdiene es eine besonders harte Strafe, wenn er in derart gefäßlicher Weise angegriffen und beleidigt wird. Außerdem entspricht es nicht den Tatsachen, daß der Reichspräsident für seinen Privathaushalt größere Mengen Lebensmittel zugewiesen erhalten hat. Diese waren lediglich für Repräsentationszwecke, wie parlamentarische Abende, politische Tees und ähnliche Veranstaltungen, bestimmt. Daß der Angeklagte nur bestehende Mißstände haben rügen wollen, wurde ihm vom Gericht nicht geglaubt.

Gegen das Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Er führte darin aus, daß nicht vier verschiedene Straftaten, sondern nur eine fortgesetzte Handlung vorliege. Dann seien die inkriminierten Artikel während des Wahlkampfes erschienen, wo jedes Mittel erlaubt sei. Im allgemeinen Interesse könne dabei nicht auf die Ehre des einzelnen so viel Rücksicht genommen werden wie sonst. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet.

Der „Vormittag“.

Mit dem nationalistischen „Tag“ geht es abwärts, selbst die kräftigsten Heereien gegen die Schuppelzüge wollen nicht mehr den nötigen Abonnentenstand herbeschaffen. So sieht sich denn das Blatt gezwungen, zu verkünden, daß es fortan nur noch einmal täglich als Morgenblatt erscheinen werde. Der „Tag“ hat sich also zum „Vormittag“ verkleinert.

Trotz wiederholter Verschmelzungen hat das Blatt diese Entwicklung genommen. Vor etwa einem Jahre war die Schwerindustrie „Post“ im „Tag“ aufgegangen, die ihrerseits wieder die nationalistischen „Berliner Neuesten Nachrichten“ in sich aufgenommen hatten. Aber es ging wie mit Pharaos mageren Kühen: sie fraßen die fetten auf und blieben doch selber mager. — Der deutsche Patriot aber muß seine nachmittägige Erbauung jetzt aus anderen Quellen schöpfen. Es rieft ja deren genug, wenn sie auch teilweise recht trübe sind.

Die Königsfrage in Ungarn.

Budapest, 28. März. (W.F.) Ministerpräsident Graf Bethlen hielt gestern vormittag in der Versammlung der Regierungsparteien in Szegedin eine Rede. Er betonte, daß die Königsfrage bereits entschieden sei, da die Nation an dem unabhängigen nationalen Königstum unerwählich festhalte. Man könne die alte österreichisch-ungarische Monarchie nicht wieder zum Leben erwecken. Man spreche von einer Donauunion und einer föderalistischen Form der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, wozu sich Ungarn auch während der Dauer des 67er Ausgleichs hütete. Man wolle jedoch in Ungarn auch von dem gemeinsamen Zollgebiet der Nachfolgestaaten nichts mehr wissen. Dies sei mit den wirtschaftlichen Interessen Ungarns unvereinbar. Ungarn werde die soeben erlangte wirtschaftliche Unabhängigkeit nie mehr preisgeben. Es sei jedoch bereit, mit den Nachbarn entsprechende Handelsverträge zu schließen und werde alles aufbieten, den freien Handelsverkehr auf der ganzen Linie wiederherzustellen.

Zum Ableben Blaschkos. Verfasser des Nachrufs für Prof. Alfred Blaschko in der gestrigen Abendausgabe war Dr. med. J. Adel.

Neutrale Vorbefprechung für Genoa. Der Schweizer Bundesrat beschloß, die neutralen Sachverständigen, die an der Konferenz von Genoa teilnehmen, auf den 5. April nach Bern zu einer weiteren Vorbefprechung einzuladen.

Academie. Professor Dr. Alexander Amerdorfer, aus den Malern Ludwig Detmann, Otto H. Engel, Franz Eichhorst, Philipp Brand, Arthur Kampf, Hans Poschen und Kay Slevogt, aus den Bildhauern Fritz Kümisch, Hugo Lederer und Constantin Stord und der Graphikerin Käthe Kollwitz. Die Vorbereitungsarbeiten für die Ausstellung haben eine Unterbrechung erlitten, der Termin für die Anmeldeung der Kunstwerke ist bis zum 3. April, der für die Einlieferung bis zum 8. April verlängert worden.

Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Zentral-Komitees zur Erforschung und Bekämpfung der Krebskrankheiten wird mit einer wissenschaftlichen Tagung verbunden sein, die unter Leitung von Geh. Rat Prof. Dr. Rolle, dem Direktor des Instituts für experimentelle Therapie, am Sonntag, den 23. April, in Frankfurt am Main stattfindet. Die Tagung beginnt vormittags um 10 Uhr im Institut für experimentelle Therapie. Als Vorträge sind in Aussicht genommen: Prof. Dr. Caspari: Betrachtungen über das Krebsproblem, besonders vom Standpunkt der Immunität; Dr. Schwarz: Tumorzellen und Tumoren; Prof. Dr. Demme: Physiologische Gedanken zur Röntgentherapie der Karzinome; Geh. Rat Prof. Dr. Seig: Erfahrungen mit der Strahlenbehandlung von Karzinomen und Sarkomen. An den Verhandlungen können außer den Mitgliedern des Deutschen Zentral-Komitees alle Ärzte teilnehmen. Anmeldungen und Anfragen in bezug auf Wohnung usw. sind an Herrn Prof. Dr. Caspari, Institut für experimentelle Therapie, Frankfurt am Main, Paul-Christlich-Straße 44, zu richten.

Die Zionstadt. „Zion City“ ist eine pädagogische, kirchliche und administrative Overtone mitten in demokratischer Amerika. Zion City hat ihr „Zustreben“, ihr „Aufstreben“, dekretiert und läßt in seinen Schulen lehren, daß die Erde flach ist, daß der Himmel eine große Kugel ist, an der Sonne, Mond und Sterne hängen wie Kerzen an einem Leuchter und deren Grundfesten auf einem Ball von Eis ruhen, der die flache Welt umgibt, damit nicht die tollkühnen Seefahrer über den Rand der Erde hinaus ins Nichts purzeln. Die Sonne ist für die Zioniten ein massiver Körper von 40 Meilen Durchmesser, der nur 3000 Meilen von der Erde entfernt ist. Die Entstehungsgeschichte von Zion City im Staat Illinois ist verschieden genug, um diese Kosmogonie hervorzuheben. Die Gründung geht zurück ins Jahr 1901 und auf John Alexander Dowie, oder, wie er sich selbst nannte, „Elias III.“ Elias III. war anfangs der neunziger Jahre von Australien nach Chicago gekommen und hatte sich in knapp zehn Jahren iron Anfeindung und Verhöhnung ein riesiges Vermögen erworben, für das er der Stadt wie dem Staat schwer Steuern zahlen mußte. Er erachtete um einen Steuer-nachlass in Anfeindung seiner nützlichen Religion, und als ihm dieser abgelehnt wurde, beschloß er eine eigene Stadt zu gründen, in der, wenn schon einmal Steuern entrichtet werden müßten, diese an ihn zu entrichten wären. Das ist der Entstehungsgedanke von Zion City. Zuerst bestand sie nur aus einer Kaskade längs der Eisenbahn. Dann wurden Reite und Hüften ausgehoben und bald auch Häuser gebaut und nach Verlauf des ersten Jahres hatte die Stadt bereits 3000 Einwohner und verschiedene Fabriken in vollem Betrieb. Seitdem ist sie gewachsen und gewachsen und eine Stadt von mehreren Zehntausend Einwohnern geworden, patriarchalisch geleitet

von Dowie und dann von seinem Nachfolger Wilbur Glenn Voliva, auf den das heute in den Schulen Zion City gelehrt wird. Zion City ist nicht mehr ausschließlich eine Stadt für Zioniten. Man nimmt auch andere auf, wenn sie sich anständig aufführen und die zehn Gebote und die paar weiteren befolgen, die Dowie und Voliva zu den zehn hinzugefügt haben. Wer diese nicht beachtet, wird hinauskomplimentiert. In dieser Stadt wird nicht geraucht, nicht geschminkt, nicht gepulvert, nicht getrunken; tief ausgeglichene Kleider und kurze Röcke sind verboten, so gut wie Lärzge und Apotheken. Von Zeit zu Zeit tut Zion City das ihre, um in die Zeitungen zu kommen; entweder entsendet sie Missionare nach dem Bobston New York oder aber die „Unabhängigen“ und „Ungläubigen“, die sich mittlerweile vermehrt haben, suchen, wenn gleich vergeblich, bei den Gemeindevätern die Mehrheit zu erlangen oder der Oberster Bolina hat, wie er es kürzlich wieder tat, einen neuen Bauplan zu dem Weltbild für die Zioniten.

Im Flugzeug zum Nordpol. Für die im Sommer 1922 beginnende neue Nordpolexpedition Amundsens sind nach der „Umschau“ zwei der besten Flieger Norwegens, Leutnant Oskar Omdal und Fliegeroberleutnant Odd Dahl, verpflichtet worden. Damit wird zum ersten Male in der Nordpolforschung das Flugzeug eine Rolle spielen. Der Versuch bietet allgemeines Interesse; fehlt es doch noch völlig an Erfahrungen dafür, wie sich im nördlichen Eismeer eine Landung des Flugzeuges gestaltet und ob es Betriebsstoffe gibt, die der dort herrschenden Kälte standhalten können. Die schon 1919 benannten Versuche Amundsens, mit seinem neuerbauten Schiff „Maud“ östlich von den Neusibirischen Inseln ins Paktis zu kommen, sind mißglückt. Im Sommer 1922 beginnt die neue Expedition. Die „Maud“ soll dabei durch die Berinastroke in der Richtung nach den Neusibirischen Inseln fahren, um dann den Kurs nordwärts in die Eismassen zu nehmen. Bleibt das Schiff auf seiner Treibholz dem Pol fern, so müssen zur Erreichung des eigentlichen Zieles der Expedition andere Mittel in Anspruch genommen werden. Eine Wanderung nach der Art Nanjens und Jakhennsens ist nicht übermäßig ermunternd, und welche Verhältnisse eine Schlittenfahrt vorfinden würde, läßt sich nicht annähernd sagen. Amundsen hat sich daher entschlossen, das Flugzeug zu Hilfe zu nehmen, mit dem also, wenn das Schiff in die Nähe des Pols kommt, ein Flug zum Pole ausgeführt werden soll. Ueber die Art des zur Verwendung kommenden Flugzeuges steht die Entscheidung noch aus. Omdal würde am liebsten ein Flugzeug vom Hansa-Brandenburg-Typ, d. h. einen Eindecker von 185 PS. benützen, der große Tragfähigkeit besitzt und sich leicht montieren läßt.

Im kleinen Schauspielhaus finden Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche keine Vorstellungen statt, da an diesen Tagen Proben der Hochschule für Musik abgehalten werden.

Bei Alfred Keller, Aufschwamm 44, findet eine Ausstellung neuer Arbeiten von Schmidt-Rottluff statt.

Die Ausgrabungen bei Schalkenried (Mittelhessen), die im vorigen Jahre schon so wichtige Aufschlüsse über die deutsche vorgeschichtliche Kultur ergaben, haben zu einer neuen Entdeckung geführt. Sie leuten eine Wohnanlage der Hallstattzeit zum Teil frei, die rund von einer Wallgrube umgeben ist und innerhalb aus kleinen Öfen besteht.

Mustapha am Rhein?

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt es in ihrer heutigen Morgenausgabe fertig, die Haltung der Angora-Türken, die zur Revision des Sèvres-Diktats geführt hat, als nachahmenswertes Beispiel zu empfehlen. Das geschieht zwar nicht offen, aber doch deutlich genug zwischen den folgenden Zeilen:

Warum war dieser Vertrag nicht durchführbar? Und wie haben die Türken die Einsicht von der zwingenden Notwendigkeit einer Vertragsänderung selbst bei ihren, nächst den Griechen, intimsten Feinden, den Engländern, erreicht? Die Antwort ist recht einfach: weil sie keine Unterwerfungspolitik, keine Politik grundsätzlicher Willkür geübt haben, sondern durch tatkräftiges, opfermutiges Handeln die Undurchführbarkeit nachgewiesen haben. Noch heute, einhalb Jahre nach dem Friedensdiktat von Sèvres, hat die maßgebende türkische Regierung in Angora dieses Dokument nicht unterzeichnet. Sie hat sich aber mit dieser passiven Abwehr keineswegs begnügt, sondern mit allen ihr verbliebenen oder neu beschafften Mitteln den Weg aktiven Widerstandes beschritten.

Objektiv entspricht zwar diese Darstellung dem geschichtlichen Tatbestand. Und doch ist eine solche Aufmachung dieser Dinge, zumal in der jetzigen kritischen Zeit, geradezu unverantwortlich, weil sie den offensichtlichen Zweck verfolgt, dem jeder realpolitischen Erkenntnis baren Durchschnittsleser der „D. T.“ die Schlussfolgerung in den Mund zu legen: „Ach, hätten wir nur auch so gehandelt!“

Dah die Auflehnung der Angora-Türken gegen Sèvres nur möglich war, weil Anatolien einige zweitausend Kilometer von Paris und London liegen, weil europäische Truppen dem mörderischen Klima Ciliciens nicht gewachsen sind und weil darüber hinaus die englisch-französisch-italienisch-griechischen Gegensätze in Kleinasien jede gemeinsame Aktion unmöglich machten, das alles weiß jeder geschulte Politiker. Aber die Masse vergißt es leicht und deshalb wäre es die Pflicht eines jeden mit Verantwortungsgefühl erfüllten Journalisten, bei der Besprechung eines solchen Themas daran mit allem Nachdruck zu erinnern. Die „D. T.“ aber begnügt sich damit, ganz beiläufig zu bemerken: „Die geographischen Verhältnisse und andere Umstände haben sie dabei unterstützt.“ Sogleich aber fährt sie fort:

„Trotzdem liegt das eigentliche Verdienst nicht in den nur zum Teil vorteilhaften Verhältnissen, sondern in der Art, wie diese von entschlossenen Männern gemeistert und der allgemeinen vaterländischen Interessen dienlich gemacht wurden. Nur ein überragender Wille, besetzt von glühender Vaterlandsliebe und unerschütterlichem Glauben an das eigene Volk, konnte es wagen, einem seit fast 10 Jahren nahezu ununterbrochen im Felde stehenden ausgelegenen Lande nach drei verlorenen Kriegen neuen Kampf gegen die Forderungen unendlich überlegener Mächte zuzumuten.“

Der hinterkommersche Junker, der Lichterfelder Kadett, der preußische Amtsrichter und die sonstigen hochpolitischen geschulten Durchschnittsleser der „D. T.“ müssen natürlich daraus folgern, daß, wenn wir Ludendorff die Rolle des Mustapha übertrügen hätten, die Revision von Versailles ebenfalls schon erreicht wäre. Aber wie soll man solche rettenden Talen von BIRTH, Raibenau und der hochverräterischen Sozialdemokratie erwarten! Die können sich ja doch nur „unterwerfen“, Schlappschwänze!

Der Totenwinkel am Bahnhof.

Zwischen dem breiten Anfahrtsplatz vor dem Potsdamer Bahnhof und der Zufahrtsstraße zum Potsdamer Ringbahnhof schob sich seit Jahrzehnten bis dicht an die Budapester Straße heran, den Bürgersteig dort sehr verengend, ein Grundstück, das mit einem Zaun aus schwerem Eisenblech übermannshoch ummehrt war. Niemandes Blick konnte hindurchdringen. Es war, als ob der Zaun ein Geheimnis abschloß. Der Berliner jedoch kümmerte sich um den Zaun und um das, was hinter ihm lag, gar nicht mehr. Er war den Anblick schon seit Jahrzehnten gewohnt. Nur wenn er einmal einen Zug verstaubt hatte und gelangweilt um den Bahnhof herumtrieb, konnte ihn wohl eine mit Ärger gepaarte Neugier zu der stillen Frage veranlassen: „Warum stellt sich denn eigentlich dieser kalte Eisenblechzaun dem modernen Verkehr in den Weg?“

Einstmals barg der Zaun auch ein stilles Geheimnis. Es lag nämlich ein Friedhof hinter ihm, der der Dreifaltigkeitsgemeinde gehörte. Als der Potsdamer Bahnhof gebaut wurde, mußte der Friedhof weichen und nur dieses eine schmale Stück blieb übrig. Vor Jahrzehnten konnte man von der Freitreppe des Potsdamer Bahnhofs eine Anzahl eingesunkener und verfallender Gräber sehen, denen ein Dugend Bäume und Bäumchen Schatten spendete. Im Frühling zwitscherte und sang eine muntere Vogelzunft über all dem Bergänglichen.

Aber dann kam die Stunde, in der die Toten ausziehen mußten. Der Eisenbahnstrecke hatte das Stückchen Friedhof erworben, um die einmal hoch notwendige Fliegerweiterung durchzuführen. Die Gräber verschwanden, aber die Bäume blieben und die Vögel auch. Eines Tages sah man eine kleine Laube entstehen und der dunkle Erdgrund wurde durch fleißiges Schaufeln umgeworfen. Das war im Krieg, als man auch in der Großstadt jedes Stückchen Erde brauchte. Dann verfiel auch dieses Wohl der Auflösung.

In diesen Tagen nun sah man plötzlich das stille verschwiegene Fleckchen Erde allen Blicken preisgegeben. Die Umrahmung aus Eisenblech war gefallen und seine rostigen Reste wurden abgefahren. Die Bäume sind mit runden Schirmen umgeben worden, denn der alte Friedhof liegt tief unter dem heutigen Straßenniveau und muß bis zu dessen Höhe aufgefüllt werden. Infolgedessen kann der Bürgersteig an der Budapester Straße endlich verbreitert werden. Von dem Ausgang bzw. Eingang der Untergrundbahn wird zum Potsdamer Hauptbahnhof ein breiter Durchgang geschaffen. Der Rest wird mit Rasen angefüllt werden und mit den Bäumen den einzigen frischen grünen Fleck darstellen, den der Potsdamer Platz aufweisen kann. Ein vergriffenes und unzeitgemäßes Ate weicht hier einem besseren notwendigen Neuen. Nur die Straßenhändler werden trauern, denn ihnen bot der Zaun an der Budapester Straße die Rückendeckung, die sie brauchten, um den Vorüberstürmenden ihre Waren anbieten zu können.

Der Höchstmietenzuschlag von 100 Prozent.

Was sind „keine Reparaturen“?

Der Berliner Magistrat wird sich in seiner heutigen Sitzung mit dem vom Oberpräsidenten festgesetzten Höchstmietenzuschlag beschäftigen, der, wie mitgeteilt, auf 100 Proz. festgesetzt ist. Da durch diesen Zuschlag die sogenannten kleinen Reparaturen abgegolten sind, sei noch einmal darauf hingewiesen, welcher Art diese kleinen Reparaturen sind.

Nach der in letzter Zeit üblichen Rechtsprechung sind keine Reparaturen Rohrbrüche in den Wohnungen, Reparaturen an der Wasserleitung, in Klosetts, Ausbesserung laufender

Wasserleitungshähne, Instandsetzung von Badeeinrichtungen, Ausbesserung an Ofen und Kochherden, Reparaturen an Türklinken und Füllungen und entsprechend kontraktlichen Vereinbarungen Ersatz von Scheiben, die ohne Schuld des Mieters zerbrochen sind. Bei allen kleinen Reparaturen ist der Hauswirt nur dann zum Schadenersatz verpflichtet, wenn nicht eine mutwillige Beschädigung durch den Mieter vorliegt. Als große Reparaturen gelten Anstrich und Putz des Hauses und des Treppenhauses sowie der Eingänge, Reparaturen des Daches und der gesamten Fußböden infolge allzu starker Abnutzung, Ersatz von Holzteilern infolge Schwamm oder Trockenfäule. Bis zum Inkrafttreten des Reichmietengesetzes ist der Vermieter allein zur Tragung der durch die Reparaturen entstehenden Kosten verpflichtet.

Feudale Waffenschieber.

Vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schiemel stand heute Termin zur Hauptverhandlung in dem schon angekündigten großen Waffenschieberprozeß an, bei dem zunächst 7 Angeklagte sich zu verantworten haben: 1. Oberleutnant a. D. Kaufmann Karl Tsch, 2. Hauptmann a. D. Arthur v. Unruh, 3. Bankbeamter Robert Blaudom, 4. Landwirt Paul Möller, 5. Geh. Hofrat Richard Hahn, 6. Kaufmann Hans Schacht aus Stettin, 7. Erbprinz Gottfried von Hohenzollern-Langenburg.

Die Angeklagten werden beschuldigt, im Herbst 1920 gemeinschaftlich nach Inkrafttreten des Entwaffnungsgesetzes ohne Genehmigung des Entwaffnungskommissars Militärwaffen angeboten zu haben. — Verbrechen gegen § 15 des Reichsgesetzes vom 7. August 1920. — Von den Angeklagten war Hauptmann a. D. v. Unruh nicht erschienen. — Bei der Erörterung der persönlichen Verhältnisse der Angeklagten ist hervorzuheben, daß der Angekl. Tsch vor längeren Jahren mehrmals verurteilt ist; er soll sich unbefugt „Rittmeister“ genannt haben. Der Angeklagte Hahn ist in Lippe-De-mold Geheimer Hofrat geworden. Er war feinerzeit in dem großen Prozeß Böhm wegen Schiebung von Ein- und Ausfuhrzolllinien mit angeklagt gewesen, ist aber auf den eigenen Antrag des Staatsanwalts freigesprochen worden.

Der Erbprinz zu Hohenzollern-Langenburg ist 25 Jahre alt, Sohn des Fürsten Ernst zu Hohenzollern-Langenburg und dessen Gattin, einer Prinzessin zu Sachsen-Roburg-Gotha. Er ist feinerzeit willens gewesen, mit einem Kleinen eine offene Handelsgesellschaft zu gründen, die nach der Eintragung in das Handelsregister den Handel mit Metallen, Maschinen und Maschinenanteilen zum Zweck haben sollte. Aus der Gesellschaft ist schließlich nichts geworden. In der bekannten Adlon-Sache, bei dem es sich um das Rencontre mit einem französischen Offizier handelte, ist er als Stellvertreter feinerzeit zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Gegenwärtig ist er Lehrling bei der Bank in München. — Wie der Vorlesende hervorhebt, handelte es sich nicht um Schiebung von Waffen, die vorhanden waren, sondern um Waffen, die nicht vorhanden waren. Die jetzige Anklage sei nur ein übriggebliebener Auschnitt aus der ursprünglichen Anklage. Es handelte sich um die Verfolgung einer Spur, die letzten Endes zurückreicht auf den Begleiterrat von Geyffert und um ein weitverzweigtes Geäst von Zeugen und Angeklagten.

Ein Konsortium von Wohnungsschwindlern.

Dem Schöneberger Wohnungsamt ist es durch schnelles Zugreifen gelungen, mehreren Wohnungsschwindlern das Handwerk zu legen. Beteiligt ist nach den bisherigen Feststellungen ein entlassener Angeklagter eines Alt-Berliner Wohnungsamtes und ein noch jetzt in einem Alt-Berliner Wohnungsamt beschäftigter Angestellter, denen es gelungen ist, zwei noch nicht lange beim Wohnungsamt Schöneberg beschäftigte Hilfsarbeiter für diese Geschäfte zu gewinnen. Die Schwindler hatten in Erfahrung gebracht, daß eine Familie in der A.-Straße in Schöneberg, die dort seit 1918 in einer 5-Zimmer-Wohnung wohnt, ursprünglich lediglich als Untermieter eingezogen war, aber seit 2 Jahren tatsächlich die Wohnung als Alleinmieter benutzte. Die Schwindler erklärten nunmehr bei dem Wohnungsinhaber und erklärten, die Beschlagsnahme der Wohnung stände bevor. Sie seien aber in der Lage, diese gegen Zahlung einer großen Geldsumme abzumenden. Der Wohnungsinhaber ließ sich aus Furcht vor der Beschlagsnahme der Wohnung dazu bestimmen, die Geldsumme zu zahlen. Die Schwindler täschelten darauf seinen Mietvertrag, indem sie ihn vordatierten, stempelten ihn mit einem beim Wohnungsamt gestohlenen Stempel ab und setzten zwei gefälschte Unterschriften darunter. Das Wohnungsamt setzte sich sofort mit der Kriminalpolizei in Verbindung und veranlaßte die Festnahme der Schwindler.

Die Passfabrik in der Reibelstraße.

Als Kunz nach Polen wollte...

Ein Millionenchwindler wurde gestern von der Berliner Kriminalpolizei festgenommen. Ein Kaufmann Karl Kunz, der in Chemnitz einen Handel mit Textilwaren aller Art betrieb, verübte dort Schwindel, die schließlich eine Höhe von 1 1/2 Millionen erreicht hatten. Jetzt ergriff er die Flucht und war längere Zeit spurlos vermisst. Während die Staatsanwaltschaft von Chemnitz und alle Polizeibehörden ihn suchten, hielt sich Kunz, wie sich jetzt ergab, in Berlin verborgen, wo er unangemeldet einen Unterschlupf erhalten hatte. Seine Absicht, nach Polen zu emigrieren, konnte er zunächst nicht ausführen, weil es ihm an den erforderlichen Papieren fehlte. Da traf er einen Polen, der sich bereit erklärte, Papiere auf einen anderen Namen und mit den erforderlichen Lichtvermerken zur Einreise zu beschaffen. Als diese Papiere fertig waren, wurde Kunz nach der Reibelstraße bestellt, wo Kunz die versprochenen Papiere erhielt und dafür 12 000 Mark zahlte. Inzwischen waren dem Richtigsten aber Beamte der Dienststelle A. 1 auf die Spur gekommen und nahmen ihn im letzten Augenblick fest. Eine Durchsuchung des Quartiers, von dem aus Kunz den Post erhalten hatte, ergab, daß dort in jedem Zimmer drei bis vier Portieren hausten und daß von hier aus große Handelsgeschäfte aller Art betrieben wurden. Alle Anwesenden wurden nach dem Polizeipräsidium gebracht, um sich über ihre Person, ihre Aufenthaltserlaubnis und ihre Beschäftigung auszuweisen.

„Siedlung und Kleingarten“, unsere illustrierte Beilage, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein neuer Oberstaatsanwalt in Potsdam. Der Oberstaatsanwalt v. Kögler in Potsdam tritt am 1. April in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist der Oberstaatsanwalt v. Staff aus Landsberg a. d. Warthe berufen. Staff war längere Zeit in Oberschlesien und galt dort als weit rechtsstehend.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kühl, zunächst noch größtenteils trübe und etwas neblig, mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden. Später langsam aufklaren.

Erdbeben in Belgrad.

In Belgrad wurde ein starkes Erdbeben verspürt, das mehrere Sekunden andauerte. Unter donnerartigem Getöse erzitterten alle Gebäude. Die Fußgänger fühlten den Boden schwanken. Die auf den Neubauten beschäftigten Arbeiter verließen sichtlich die Gebäude. Außer einigen kleineren Beschädigungen an einzelnen Gebäuden ist kein größerer Schaden angerichtet worden. Die aufgeregte Bevölkerung beruhigte sich alsbald. Das letzte Erdbeben in Belgrad ist vor 12 Jahren verspürt worden. Nach einer amtlichen Feststellung bedrängte sich das gestrige Erdbeben auf Nordserbien. Das Epizentrum war im Belgrader Kreis. Im ganzen wurden folgende Erdbebenverläufe freimorphologisch verzeichnet.

Gewerkschaftsbewegung

Die Verhandlungen im Müllkutschereifreie gecheitert.

Bei den erlittenen Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar erklärten die Arbeitgeber die Forderungen der Streikenden als unerfüllbar. Im Gegensatz zu den Erklärungen der Technischen Nothilfe gaben die Unternehmer an, daß sie inzwischen 180 Streikbrecher, Russen und Fahrer, eingestellt haben, die zusammen mit der Technischen Nothilfe die Müllabfuhr besorgen. Die Entlassung der Streikbrecher müsse rundweg abgelehnt werden. Schließlich erklärte sich die Wirtschaftsgenossenschaft bereit, ein Schiedsgericht anzuerkennen, das über die Einstellung der Streikenden entscheiden soll. Die Verhandlungen werden am Montag beginnen.

Die Transportarbeiter werden heute abend entscheiden, ob sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, und bis Montag warten, oder sofort den Sympathiestreif aufnehmen.

Das Betriebsrätegesetz.

Nachdem die Neuwahlen der Betriebsräte bereits zum Teil beendet sind, ist es notwendig, daß sie sich mit den ihnen gestellten Aufgaben gründlich vertraut machen. Hierzu bieten ihnen die im Rahmen der Betriebsrätschule stattfindenden Kurse Gelegenheit. Obgleich diese bereits begonnen haben, besteht in einzelnen Kursen die Möglichkeit, noch neue Hörer aufzunehmen. Diese Kurse finden statt:

Kurs C. 6: Donnerstag, nachmittags von 6—8 Uhr, im Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße 16/17, Zimmer 34.

Kurs A. 18: Donnerstag, abends von 8—10 Uhr, im Friedrich-Werderischen Gymnasium, Bodumer Str. 8, Zimmer 301.

Kurs A. 23 (für Anfänger): Dienstag, nachmittags von 6—8 Uhr, in der Gemeindeschule, Greifenhagener Str. 53, Zimmer 3.

Kurs A. 24 (für Hörer mit Vorkenntnissen): Dienstag, abends von 8—10 Uhr, in der Gemeindeschule, Greifenhagener Str. 53, Zimmer 3.

Anmeldungen werden im Bureau der Schule, Berlin SO. 16, Engelauer 24/25, 2. Hof 1, sowie im Kursus selbst entgegengenommen. Der Hörerbeitrag beträgt pro Doppelstunde 1 M.

„Löhne bei der Heilsarmee.“

Zu diesen in den Nummern 137 und 140 des „Vorwärts“ veröffentlichten Berichten erhalten wir folgende Berichtigung von Herrn Kochow:

„Das Grundstück Dresdener Str. 34/35 gehört der „Heilsarmee-Grundstücks-G. m. b. H.“, welche mit dem Hauptquartier der Heilsarmee nichts zu tun hat. Das Hauptquartier befindet sich in der Gertraudenstraße. Die Verwaltung des Grundstücks Dresdener Str. 34/35 ist mir als Generalvollmächtigtem und Treuhänder übertragen und ich habe die Pflicht, den jährlichen Verlust, der zurzeit 150—200 000 Mark beträgt, durch ordnungsmäßige Bewirtschaftung nach Möglichkeit zu verringern.“

Der Verlust ergibt sich daraus, daß die meisten Mieter des Grundstücks Dresdener Str. 34/35 laufende Verträge hat, die bereits vor längeren Jahren abgeschlossen sind, so daß zum Teil noch Friedensmieten gezahlt werden. Hierauf ist um so mehr hinzuweisen, als es sich bei den Mietern teilweise um Großindustrielle handelt, welche während der Kriegs- und Nachkriegszeit große Vermögen erworben haben und leicht in der Lage wären, die heute angemessene Miete zu zahlen und sich an der Aufbesserung der Portiergehälter zu beteiligen, wie dies in sehr vielen Häusern geschieht. Alle meine diesbezüglichen Ersuchen sind von dem Mieterausschuß, welcher während der Kriegszeit reaktiviert war, sowie von den Mietern scharf abgelehnt worden.

Die im dem Grundstück beschäftigten Portiers und Heizer beziehen Gehälter von durchschnittlich 500 M. wöchentlich. Die zwei Heizer sind von mir engagiert und werden auch von mir entlohnt. Die Portiers Paßy und Habermann sind außerdem Rentenempfänger und dürften als solche nach den Bestimmungen des Demobilisierungsausschusses überhaupt nicht beschäftigt werden. Ich habe sie auf ihre Bitten hin, um ihnen ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen, weiter beschäftigt. Nebenwendungen, wie sie mir in dem Artikel vom 24. d. M. in den Rund gelegt werden, sind von mir niemals geäußert worden. Der Portier Paßy, welcher annähernd 70 Jahre alt ist, hat nicht 9 Kinder, sondern nur eine erwachsene Tochter. Wenn ich den Vertretern des Portierverbandes eine scharfe Antwort gegeben habe, so ist dies deshalb geschehen, weil diese Antwort von den betreffenden Herren durch ihr Verhalten, insbesondere ihre Drohungen, herausgefordert wurde. Ich stehe zur Heilsarmee in keinem anderen Verhältnis als zu meinen sonstigen Auftraggebern.“

Jeder Arbeiter

ganz gleich, ob Hand- oder Kopfarbeiter, muß eine Zeitung lesen, die seine Interessen im Kampf mit dem Kapitalismus vertritt.

Der „Vorwärts“ steht seit Jahrzehnten in diesem Ringen der Berliner Arbeiterschaft als Berater treu zur Seite. Deshalb gilt für jeden Arbeiter und Angestellten die Parole:

Schaffe dem „Vorwärts“ Leser!

Sorge dafür, daß Dein Blatt neue Anhänger erhält. Es ist Deine Waffe, es ist Dein Bollwerk gegen die Reaktion. Deine Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß der „Vorwärts“ in alle Wohnungen des arbeitenden Volkes, in jede Fabrik und Werkstatt kommt. Er bereitet den Boden, auf dem zukünftige Erfolge wachsen sollen, schaffe ihn Abonnenten.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzuliefern. (An Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 30 M. pro Monat April

Name _____

Wohnung: _____

Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Noch keine Auszahlung der neuen Beamtengehälter.

Die in die gestrige Abendausgabe des „Vorwärts“ übernommene Notiz eines Korrespondenzbureaus über die Auszahlung der neuen Beamtengehälter zum 1. April, hat sich als verfrüht erwiesen. Wann die Auszahlung erfolgt, scheint man im Reichsfinanzministerium noch nicht zu wissen.

Lohnabkommen im Zeitungsgewerbe.

Die im 33. zusammengefassten Angestellten des Groß-Berliner Zeitungsgewerbes hatten in einer zu Tausenden zählenden Versammlung über den gestern nachmittag im Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruch abzustimmen. Kollege Meyer referierte und wies auf die durch die neue Verhandlungstafel der Arbeitgeber zerschlagenen direkten Verhandlungen hin. Er betonte die Notlage der Angestellten. Die Arbeitgeber stützten sich auf den Spruch des Schlichtungsausschusses vom 26. Januar 1922, der als Bedingung für Neuverhandlungen eine durch unvorhergesehene Ereignisse hervorgerufene Teuerung vorsah, wie Schluß auf seinen Schein. Nachdem sie dann die Forderungen der Angestellten entgegenkommen

hatten, brachen sie plötzlich die Verhandlungen ab und erklärten, kein Gegenangebot machen zu können, da die Forderungen der Angestellten weit über das Maß der Teuerung hinausgehen. Der von ihnen angerufene Schlichtungsausschuss entschied nach längerer Verhandlung zugunsten der Angestellten, indem er für den Monat März eine Zulage von 20 Proz. auf das Februargehalt und für den Monat April eine solche von 40 Proz. zubilligte mit der Maßgabe, am 15. April direkt vor dem Schlichtungsausschuss erneut zu verhandeln, wenn bis dahin eine merklige neue Teuerung eingetreten ist. Nachdem Kollege Kruse noch auf die Wichtigkeit der Organisation in längeren Ausführungen hingewiesen hatte, wurde der Spruch des Schlichtungsausschusses gegen vereinzelte Stimmen angenommen.

Zum Kampf der Metallarbeiter in England wird berichtet, daß die gestern aufgenommenen Verhandlungen ergebnislos verliefen. Die Unternehmer lehnten den Vorschlag der Arbeitervertreter, die Ausperrung bis zu neuen Verhandlungen aufzuschieben, kategorisch ab. Die Lage in der englischen Metallindustrie wird als sehr kritisch betrachtet.

Die Ausperrung der englischen Werftarbeiter scheint Tatsache zu werden. Die Unternehmer beharren auf der Ausperrung, obwohl sich die Arbeiter bereit erklärt hatten, die Frage der Lohnkürzungen einer neuen Abstimmung zu unterbreiten. Die Ausperrung zieht immer weitere Kreise. Sogar Firmen, die dem Arbeitgeberverbande nicht angeschlossen sind, werden ihre Arbeiter heute ohne vorherige Ankündigung ausperren. Der Präsident des Arbeitgeberverbandes hatte an die Vertreter der Arbeiterschaft einen Brief gerichtet, in dem er ihnen vorschlug, die Arbeiter in den Betrieben der Schiffbauindustrie, die unter dem schlechten Geschäftsgang leiden, aufzufordern, den vorgeschlagenen Lohnreduktionen zuzustimmen. In ihrer Antwort erklärten jedoch die Arbeitervertreter, dazu nicht in der Lage zu sein.

Verband der Töpfer. Donnerstagabend 8 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung in den Eschke'schen, Sachlenz, 17/18. Besitzt der Vorkommnisse. Mitgliederbuch mitbringen, da Abstempelung zur Kontrolle.



258⁰⁰

Echt Rindbox mit Chromleder-Einsatz. Orig. Mac-ray

Was wir noch bringen:

Trotz ganz enormer Preissteigerung bringen wir unserer verehrten Kundschaft auch jetzt noch eine Reihe ganz besonders billiger Angebote. Wegen des großen Andranges bitten wir in den Vormittagsstunden zu kommen. Besichtigen Sie unsere 11 Schaufenster. Unser Lager beträgt über 20000 Paar.



Herren-Stiefel

Kräftige Arbeitsstiefel, breite Form, Derbyschnitt	149 ⁰⁰
Braun Rindbox sowie Mahagonibraun Mastbox	498 ⁰⁰
Echt Boxcall, moderne breite Form	368 ⁰⁰
Orig. Godyear Welt, echt Chevreau, moderne spitze Form	498 ⁰⁰
Feinste Luxussachen, braun und schwarz, Boxcall und Chevreau sowie Lack mit und ohne moderne Stoffeinsätze, die neue spitze oder runde Form, in großer Auswahl billig, ca. 20 Sorten.	

Kinder-Stiefel

Braun Spaltleder, sehr kräftig, teils mit Doppelschlen, Absatz mit Eisenbeschlag, sehr bequeme breite Form. 31-35	99 ⁵⁰ , 27-30
kräftiges Rindleder	27-28 49 ⁵⁰ , 29-30 59 ⁵⁰ , 25-26 39 ⁵⁰
Damenstiefel	teils Hochschaff, verschied. Lederarten, moderne Formen
Ganz besonders hoher Schaff, sehr schicke Sachen, mit und ohne Lackkappen	298 ⁵⁰ , 398 ⁵⁰

Lack-Spangen- und Schnürschuhe 198⁰⁰
(Schnürschuhe nur 40-42) Lackblatt mit schwarz Leder-Muster!

Schnür- und Spangenschuhe 198⁰⁰
schwarz Leder, moderne Form, hoher Absatz

Schnürhalbschuh 298⁰⁰
moderne, allerliebste Fassons mit Lackkappe

Braun echt Chevreau-Schnürschuhe 298⁰⁰
moderne, schicke Form

Feinste Modeschläger in braun und grau Wildleder sowie Lack- und Chevreaulieder mit Lasche, Spange oder zum Schließen mit Louis-IV- oder halbohem Absatz, moderne Formen in großer Auswahl billig ca. 25 Sorten.

Ein großer Teil besonders billiger Angebote kann hier wegen Platzmangels nicht aufgeführt werden!

Grossdetail-Schuh-Lokal Behrndt

Münzstraße 25
Untergrundbahnhof Alexanderplatz
Zweiggeschäft:
Frankfurter Allee 54

Billige Gardinen!!

Zum bevorstehenden Osterfest empfehlen wir rechtzeitigen Einkauf. Wir bieten Ihnen jetzt noch reiche Auswahl zu wirklich vorteilhaften Preisen trotz erneuter Preissteigerung. Als Gardinen-Spezialhaus legen wir Wert auf nur gedieg. Qualit. u. offer. als besonders preiswert:

	Series	I	II	III	IV
Künstler-Garnitur, 3-teilig	...	225	295	350	450
Bunte Madras-Garnituren	...	295	350	450	625
Bettdecken, 2-bettig	...	295	350	450	590
Bettdecken, 1-bettig	...	145	195	225	285
Halb- und Langstores	...	110	195	250	275

Zugrouleaux • Vorhangstoffe • Etamine Gardinen vom Stück in vielen Preislagen Steppdecken • Tisch- und Diwanddecken Teppiche, Vorleger, Linoleum, Wachstuche

Sächsisches Gardinen- u. Einrichtungshaus
Neukölln, nur Hermannstraße 32.

Lederwaren

durch günstigen Einkauf zu noch sehr billigen Preisen!

Reiseartikel

Schrank-Koffer / Schiffs-Koffer
Größte Auswahl! Billigste Preise!

Union-Bazar G. m. Charlottenburg
b. H. Wilmersdorfer Straße 54

Brillanten, Gold-, Platin-, Silber-, Double-Stein.

Ketten, Uhren, Zahngebisse, alte Ringe, alle Gegenstände, die Sie brauchen, werden hier zu den höchsten Tagespreisen ohne jeglichen Abzug.

P. Arendt
Niederstraße 38,
Min. o. Stett. Bahnh.,
am der Bernauer Str.

Metall ankaufsstelle
Osten
Gröner Weg 60
zahlr. Tagespreise für
Kupfer, Messing
Blei, Zink etc.

Stoff-Reste-Haus

A. M. Steinhart
18 Kottbuserdamm 18
Neuheiten für
Kostüme, Kleider u.
Ulster - Covercoats
in 10 Farben
Reste für Herren-
Anzüge u. Schöpfer
Friedens- Qualitäten
- Billige Preise -

Gold-Silber

Platin, Brillanten etc.
allerhöchste Tagespreise!

C. Käterle, Juwelier
Frankfurter Allee 276
Nähe Ringbahnhof
Fahrzeit wird vergütet

Zeitungsblätter!
gebunden, 4.50
Ganz- u. Zeitungsblätter!
Neukölln, Straße 120
langjährig! Reinhold
Gernsp. Krutzfeld 231.

Billige Bettwäsche, Leibwäsche Aussteuer-Woche!

In dieser Woche besonders günstige Einkaufspreise! Gute Qualitäten, richtige Längen und Breiten.

Großer Bezug . 225.- 245.- 275.-
Klassen . . . 52.50 59.50
Laken . . . 125.- 135.- 185.-
Wäschestoffe, Handtücher billig, Extra-Eng. bill. Leinwand
Wäscheherstellung im Winterfeldplatz
Goltzstr. 26
Schöneberg
Colonnenstr. 62
im Winterfeldplatz
Fahrzeitvergütung Schöneberg

KUPFER und sämtl. Altmetalle Gold-, Silber- Bruch kauf zu Engrospreisen Metallankauf Pücklerstr. 5 an der Köpenicker Str. Fahrzeitvergütung

Rehbratenlauf, Thierbrüche 10, 1400

Gold Silber Platin Zahngebisse
Erich Fahrmann
Gotzkowskyst. 13

Brillanten Platin-, Gold-, Silber-

Sachen, Uhren und Ketten kaufe zu höchsten Auslandskursen Eig. Werkstätten. Ankauf m. Rückkaufrecht

Juwelier S. Podiwin
Alte Schönhauser Str. 25, a. d. Münzstr. und Zossener Str. 16.

MÖBEL

kaufen Sie sehr vorteilhaft im Spezial-Möbelhaus

G. CAMNITZER
Schönhauser Allee 82
Ode-Wendestraße, am Ringbahn Schönauser Allee und Ringbahn, Neukölln
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

Gold-, Silber-, Platin-Bruch und Gegenstände, Pfandscheine

Kottbuser Damm 6, Einkaufsbureau

Achtung! Noch sehr preiswert Achtung!

Oberhemden, Leinenwäsche, Sportwäsche, Einsetz- u. Normalhemden, Strumpf- und Wollwaren, moderne Krawatten

Spez.: Dauerwäsche

J. Altberg Neukölln, Bergstr. 155
Fil.: Berlin, Oranienstr. 199

Zähne 9
Ersatz-Ausführ., 5 J. Garantie
M. Umarmung mit Gebisse, Re-an paras. vof. Goldkronen, Brück-Teilzahl. 9-7 Sonntags 9-1.
Hempel, Dentist, Lindenstr. 220
hausehr Tor.

Gold-, Silber-, Platin-
Ringe, Ketten, Collet Bruch Zahngebisse u.s.o.

Brillanten

kaufen stets zu den allerhöchsten Preisen

Gebr. Fuhrmann, Rollendorffstr. 39
1 Minute vom Rollendorffplatz

Zahngebisse
zerbrochene Teile, einzelne Zähne

Gold-Silber

Bruch, Ketten, Bestecke, Barren
kauft zu unüberbittbaren Preisen

Heinrich Trapp
Handelsgerichtlich eingetragene Firma
Benthstr. 10 (Laden) am Spittelmarkt.
Telephon: Zentrum 1876